

## **Grenzen wurden massiv überschritten**

Vergangene Woche wurde bekannt, dass eine Schülerin aus Seebach von 13 Jugendlichen mehrfach vergewaltigt worden ist: Eine Tat, die alle schockiert, überschreitet sie doch alle Grenzen des menschlichen Zusammenlebens. Die Abscheu gegenüber einem solchen Verbrechen gilt in der Schweiz ebenso wie im Rest der Welt. Ueber andere Macht auszuüben, sie zu demütigen und zu erniedrigen, ist ein Verhalten, das in keiner Kultur akzeptiert wird aber leider vorkommt.

Nun geht es darum, dem Opfer und seinen Angehörigen unser aufrichtiges Mitgefühl auszudrücken und alle erdenkliche Hilfe zukommen zu lassen. Ebenso gilt es die Täter der Justiz und damit einer gerechten Strafe zuzuführen, die ihnen unmissverständlich klar macht, dass sie ein schweres Verbrechen begangen haben. Gleichzeitig muss aber auch den beherzten Mädchen gedankt werden, die sich an die Schulsozialarbeiterin gewendet und damit das Verbrechen aufgedeckt haben.

In einem weiteren Schritt wird es notwendig sein, aufgrund von Fakten – und nicht von Spekulationen – genau zu klären, ob in der Vergangenheit die involvierten Behörden bei anderen Vorfällen richtig gehandelt haben.

Genauso wichtig ist es aber auch, dass nun zusammen mit Schülerinnen und Schülern, der Lehrerschaft, der Schulsozialarbeit und insbesondere auch mit den Eltern Wege gefunden werden, damit die Grenzen für das Zusammenleben eingehalten werden können. Jugendliche müssen aktiv dabei unterstützt werden, eine selbstbewusste, respektvolle eigene männliche oder weibliche Identität zu entwickeln. Ein Frühwarnsystem muss ausgebaut werden, das alle Beteiligten bei der Gewaltprävention involviert, zur Mitwirkung auffordert und Unterstützung bereitstellt.

An uns Politikerinnen und Politikern liegt es sodann, für diese grosse Arbeit im Zusammenhang von Erziehung und Bildung immer wieder Rahmenbedingungen festzulegen. Im Wissen darum, dass es dabei keine simplen Patentrezepte gibt, sind unter anderem folgende Themenkreise zentral:

- eine Integrationspolitik für Eltern und Kinder, die Perspektiven eröffnet und gleichzeitig Pflichten und Grenzen aufzeigt
- eine Bildungspolitik, die Chancengleichheit gewährt und auf den Ressourcen der Kinder aufbaut
- eine ausserfamiliäre Kinderbetreuung, die den gesellschaftlichen Realitäten entspricht und gleichzeitig elterliche Verantwortung fördert
- eine Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik, die der drohenden Verelendung und Verrohung entgegenwirkt

Um diese Themen wird auf dem politischen Parkett jeweils hart gerungen. Nicht alle Parteien sehen in den gleichen Massnahmen eine sinnvolle Lösung. Dies wird auch in Zukunft so sein. Man kann dies auf dem Weg einer fairen und durchaus auch harten politischen Auseinandersetzung tun. Man kann es – und das haben einzelne Reaktionen in den vergangenen Tagen leider gezeigt – auch auf dem Weg von Rundumschlägen, Verunglimpfungen und Verleumdungen machen. Wer den letztgenannten Weg wählt, muss sich aber bewusst sein, dass er damit selbst Grenzen überschreitet.